

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

(A) wicklung, die wir hier in Nordwesteuropa eingeleitet haben. Ich bin dankbar dafür, daß die Niederländer und andere - aber gerade die Niederländer, die uns mit großer Skepsis gegenübergestanden haben - heute zu einer solchen Form der Zusammenarbeit bereit sind.

Was den Hinweis auf Bayern und das, was Bayern unterhalten hat, angeht, so kann ich dazu sagen: Davon können der Kollege Dammeyer und ich nur träumen. Ich habe es bereits vorhin gesagt: Der Kollege Stoiber hat in der Staatskanzlei zwei Staatsminister zusätzlich neben einem Amtschef. Die haben einen Adamowitsch und noch einmal zwei Minister daneben und mindestens acht Abteilungen. Sollen wir so etwas auch machen? Würden Sie dem zustimmen, wenn ich dem Parlament vorschlagen würde, die Verwaltung in Nordrhein-Westfalen zu verdoppeln? - Das ist doch die Realität!

(Ernst-Martin Walsken [SPD]: Unglaublich!)

- Ja, gemessen an der Größe des Landes wäre das so.

(B) Wir müssen mit den Dingen doch irgendwie rational umgehen. Wir sind hier in Nordrhein-Westfalen etwas anders gestrickt und versuchen, das anders zu handhaben. Das ist im Interesse des Landes, glaube ich. Hier in Nordrhein-Westfalen würde ein solcher Regierungsstil von den Menschen auch nicht toleriert werden, und sie hätten auch recht.

Was die Europapolitik angeht: Sie hat nicht nur nicht an Rang verloren, sondern sie hat nachdrücklich an Rang gewonnen. Das hat nichts mit Konstruktionen zu tun, sondern das hat damit zu tun, daß wir uns inzwischen in einer Währungsunion mit einer unglaublichen Entwicklungsdynamik befinden; an dieser sind wir allerdings voll inhaltlich beteiligt. Ich wüßte gerne ein Land in Deutschland, das stärker und intensiver an diesem Prozeß beteiligt ist, als wir es sind. Das sind die Auswirkungen der Europapolitik.

Was die internationale Politik angeht: Herr Adamowitsch hat mir kürzlich eine Übersicht über die Projekte gegeben, die wir zur Zeit international durchführen. Das ist gigantisch. Bei der Kleinheit der Mittel, die wir einsetzen, ist das enorm. Daß wir gleichzeitig Mittel für die Dritte-Welt-Arbeit sowie für die Promotorinnen und Promotoren einsetzen, halten wir für richtig. Sie kennen das Gutachten; Sie haben dazu eine andere Ansicht. Wir aber sind der Meinung, daß wir zusätzlich zu

dem, was wir international tun, auch die Arbeit der engagierten Leute unterstützen sollten, die von hier aus zur Bewußtseinsänderung beitragen. Diese Mittel könnte ich auch zu anderen gesellschaftlichen Betätigungen ins Verhältnis setzen, aber ich muß sagen: 2 Millionen DM für eine gesellschaftspolitisch sehr wichtige Aufgabe - darin sind wir uns wahrscheinlich einig - sind nicht zuviel; ich will dem andere Lebensbereiche nicht gegenüberstellen.

Ich habe jedenfalls in der Vergangenheit an einigen der Treffen teilnehmen können und bin immer wieder außerordentlich beeindruckt über das Engagement von Menschen, die sich der Friedens- und Entwicklungsarbeit widmen, und zwar mit einer Intensität, die man sich für andere Lebensbereiche bei uns wünschen würde.

Deshalb finde ich, es ist ein vernünftig und gut angelegtes Geld, das wir dort investieren. In dieser Frage sind wir noch ein Stück auseinander, Frau Kollegin Keller. Über Europapolitik würde ich gerne mit Ihnen in eine intensive Diskussion kommen, um wirklich in der Lage zu sein, Ihnen darzustellen, wie sich die Europapolitik aus unserer Sicht darstellt.

(Roland Appel [GRÜNE]: Ob das hilft, ist natürlich die Frage!)

- Es hilft alles. - In diesem Sinne schönen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Meine Damen und Herren, möchte noch jemand das Wort ergreifen? - Dann schließe ich die Beratung zu Einzelplan 02 und lasse abstimmen.

Wer dem **Einzelplan 02** entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/4502** zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe? - Stimmenthaltungen? - Damit mit Mehrheit so **angenommen**.

Ich rufe auf:

**Einzelplan 12: Finanzministerium**

in Verbindung damit:

**Einzelplan 20: Allgemeine Finanzverwaltung**  
und

**Haushaltsgesetz 2000**

(C)

(D)

(Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose)

(A) Ich möchte Sie hinweisen auf die Beschlussempfehlungen Drucksachen 12/4500, 12/4512, 12/4516 und die Änderungsanträge der CDU zu Einzelplan 20 Drucksachen 12/4540 bis 12/4544.

Als erster Redner ist Kollege Klein von der Fraktion der CDU vorgemerkt.

**Volkmar Klein (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, jeder, der sich mit dem Haushaltsplan beschäftigt, weiß: Die Spielräume sind ziemlich klein, Haushaltsrelationen sind ziemlich festgefahren, vieles ist - nicht immer zum Besten des Landes - einfach schon festgelegt. Da fällt es sicherlich schwer, neue Akzente zu setzen. Andererseits brauchen wir neue Akzente für mehr Bewegung im Land, für mehr Bildung, für mehr Sicherheit und für mehr Arbeit.

Die letzten beiden Tage haben einiges gezeigt von dem, was die CDU an Konzepten dazu vorstellt. Dafür müssen wir Spielraum schaffen. Wir brauchen die Finanzpolitik nicht als Selbstzweck. Schöne Zahlen sind sicherlich ganz gut, aber das ist nicht der eigentliche Sinn. Das Mittel zum Zweck, mit dem wir es hier zu tun und über das wir gerade beim Einzelplan 20 zu reden haben, ist die Finanzpolitik. Sie muß die Spielräume schaffen, die wir brauchen, um unser Land besser zu gestalten. Ich glaube, das ist längerfristig notwendig. Da reicht schon der Blick auf zwei Zahlen.

Herr Finanzminister, Sie haben in der eigenen Finanzplanung schon vorgesehen, daß die Zinsausgabenquote von gegenwärtig 9,3 % bis zum Jahre 2003 sogar noch auf 9,4 % steigt. Alles kleiner werdender Spielraum für die Gestaltung unseres Landes!

Das sieht man auch an der zweiten Zahl, die ich nennen will: Im gleichen Zeitraum, bis 2003, soll die Investitionsquote an den Ausgaben noch einmal weiter sinken, von heute schon mageren 10,5 % auf 9,2 %. Ich will daran erinnern, daß 1981 die Investitionsquote noch bei 20,7 % lag.

Diese beiden Zahlen sollen verdeutlichen: Wir brauchen die Mobilisierung von Reserven, das Aufdecken von Reserven, um etwas für unser Land zu bewegen. Das müssen wir schon kurzfristig tun. Wir müssen kurzfristig dafür sorgen, daß das Wenige, was als erster Schritt in unse-

rem Land erforderlich ist, schon im nächsten Jahr vernünftig gedeckt wird. (C)

Deswegen schlagen wir vor, ganz konkret daranzugehen, Reserven aufzudecken, zu nutzen, zu mobilisieren für Zukunftsaufgaben in unserem Land. - Ich will nur vier Beispiele nennen.

Erstens - ein großes -: Liegenschaftsmanagement. Seltsam unentschlossen ist da die Landesregierung. Schon seit Jahren wird darüber geredet, es passiert aber nichts. Wir können uns vorstellen, daß, wenn wir es endlich richtig anpacken, wir durchaus Effekte von 300 Millionen DM im Jahr erzielen können.

(Beifall bei der CDU)

Das wollen wir nächstes Jahr tun.

Zweitens - ein kleines; wir brauchen nicht nur nach den großen Positionen zu gucken, auch bei kleinen müssen wir dafür sorgen, daß es mobilisiert wird -: Wir brauchen keine zusätzlichen Verstärkungsmittel für die Öffentlichkeitsarbeit. Ich würde sagen - das ist die Forderung der CDU -, dieses Geld müssen wir den Bürgern unseres Landes zurückgeben. Das sind immerhin 10 Millionen DM.

Drittens - ein wichtiges -: Die Landesregierung ist tatsächlich lernfähig. Wir haben vor zwei Jahren als CDU bereits vorgeschlagen, eine vernünftig organisierte Stellenbörse einzuführen, die dafür sorgt, daß die kw-Vermerke schneller abgebaut werden, das heißt, daß schneller weniger Leute in Bereichen des Landes beschäftigt werden, wo sie eigentlich nicht mehr gebraucht werden - Luft zum Einstellen von Leuten in neuen Bereichen, wo wir dringend neue Leute brauchen, Luft für Investitionen. (D)

Ich habe eben gesagt, die Landesregierung ist - das ist eine ausdrückliche Anerkennung - lernfähig, denn sie hat sich inzwischen unserem Konzept der Stellenbörse angeschlossen. Sie mag das nicht so sagen; dafür habe ich Verständnis. Deshalb wird es auch nicht Stellenbörse genannt, Personalagentur heißt es jetzt. Aber die Wirkung, meine Damen und Herren, ist genau die gleiche. Also herzlichen Glückwunsch für die Einsicht, eine solche Stellenbörse jetzt mit dem Etikett Personalagentur einzuführen! Wenn es aber so ist - und es ist richtig und wichtig -, dann muß es auch finanzielle Auswirkungen haben. Also muß es doch möglich sein, die 20 Millionen DM an

(Volkmar Klein [CDU])

- (A) Personalverstärkungsmitteln im Einzelplan 20 zu-  
mindest einzusparen.

(Beifall bei der CDU)

Das schlagen wir vor, gemeinsam mit 8,2 Millio-  
nen DM aus dem Bereich Leistungsprämien Poli-  
zei, die jetzt anderweitig im Einzelplan der Polizei  
direkt eingesetzt werden sollen.

Viertens - Überflüssiges; auch da gibt es was zu  
mobilisieren -: die Agentur Ruhr. Ministerin Brusis  
hat heute nachmittag von Lernfähigkeit der Lan-  
desregierung gesprochen, lernfähig, weil man die  
Verwendungsmöglichkeiten der 30 Millionen DM  
Agentur Ruhr ausweitet. Für mich ist das keine  
Lernfähigkeit. Lernfähigkeit hätte für mich bedeu-  
tet: Das Geld in dieser Form will keiner, also strei-  
chen wir es aus dem Haushalt und mobilisieren  
dieses Geld für wichtige Aufgaben.

(Beifall bei der CDU)

Anstelle von Lernfähigkeit scheint mir eher die  
Formulierung "mit dem Kopf durch die Wand"  
geeignet zu sein. Das hätte Frau Brusis sagen  
sollen. Das ist ja auch etwas, aber lernfähig ist  
das nicht. Also mobilisieren wir dieses Geld.

(Zuruf des Johannes Remmel [GRÜNE])

- (B) Unsere Vorschläge - etwas anderes sagen wir  
dazu auch gar nicht - können nur einen Einstieg  
darstellen. Das ist aber eigentlich auch klar.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Luftbuchun-  
gen!)

Aus dem Parlament heraus sind ja gar nicht alle  
Reserven erkennbar und aufdeckbar. Da hat die  
Koalitionsregierung einen ganz entscheidenden  
Informationsvorsprung, den sie aber leider nicht  
ausreichend nutzt. Wir haben aber etwas Besse-  
res als einen Informationsvorsprung, wir haben  
die Überzeugung, daß wir wirklich für eine besse-  
re und fairere Entwicklung in unserem Land Mittel  
im Haushaltsplan mobilisieren müssen.

Der Einstieg wäre, unseren Änderungsanträgen  
zuzustimmen. Sonst wird man den Zukunftsge-  
danken, die wir uns für unser Land machen müs-  
sen, nicht gerecht.

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Herr Kollege  
Klein, wollen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen  
Remmel zulassen?

**Volkmar Klein (CDU):** Aber selbstverständlich, (C)  
gern.

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Dann war es  
gut, daß ich Sie unterbrochen habe.

**Johannes Remmel<sup>1)</sup> (GRÜNE):** Herr Kollege Klein,  
sind Sie mit mir der Meinung, daß für die Ent-  
wicklung von finanzpolitischen Konzepten für die  
Zukunft unseres Landes Überzeugung allein nicht  
ausreicht?

(Zuruf von der SPD: Das ist wahr!)

**Volkmar Klein (CDU):** Das ist völlig richtig, lieber  
Kollege Remmel. Man braucht für die Entwicklung  
und Umsetzung dieser Konzepte nicht nur die  
Überzeugung, sondern auch die Mehrheit. Damit  
können wir im Moment noch nicht aufwarten.  
Aber ich denke, die richtige Herangehensweise ist  
schon erforderlich.

Das ist mein letzter Kritikpunkt an dem jetzigen  
Zahlenwerk der Landesregierung. Ich habe den  
Eindruck, daß es notwendig gewesen wäre, wei-  
tere Informationen zu verarbeiten. Das hat das (D)  
Finanzministerium aber nicht auf die Beine ge-  
stellt. Es wäre notwendig gewesen, die Ergeb-  
nisse der November-Steuerschätzung in unser  
Zahlenwerk einzubauen. Zeit dafür wäre gewe-  
sen, weil uns die Ergänzungsvorlagen üblicher-  
weise erst nach der November-Steuerschätzung  
zugeleitet werden, meist sogar mit dem Argu-  
ment, man wolle diese noch abwarten.

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Herr Kollege,  
ich muß Sie noch einmal unterbrechen. - Wollen  
Sie noch eine Zwischenfrage - diesmal von Herrn  
Kollegen Appel - zulassen?

**Volkmar Klein (CDU):** Selbstverständlich.

**Roland Appel (GRÜNE):** Herr Kollege, Sie stellen  
zu Recht fest, daß man Mehrheiten braucht, um  
etwas zu ändern. Meinen Sie nicht, daß man auch  
als Opposition gerade zu später Stunde, wenn die  
Regierungsparteien auch nicht mehr vollständig  
anwesend sind, zumindest versuchen sollte, an-

(Roland Appel [GRÜNE])

(A) wesend zu sein? Meinen Sie nicht, daß drei Leute ein bißchen wenig sind?

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Volkmar Klein (CDU): In diesem Fall setze ich auf die Überzeugungskraft der Argumente

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Laurenz Meyer [CDU]: Sehr gute Antwort!)

und werde gleich Ihr persönliches Abstimmungsverhalten ganz besonders intensiv beobachten.

Jetzt möchte ich ungestört den letzten Gedanken weitergeben. Ich hatte gesagt, daß es an sich nicht richtig ist, die Auswirkungen der Steuerschätzung auf den Landeshaushalt Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2000 überhaupt nicht mehr in die Ergänzungsvorlage einzubringen. Es wird davon ausgegangen, daß es immerhin um ein Volumen von 400 bis 500 Millionen DM geht. Das ist risikoreich. Darüber hinaus ist das gesamte Risiko der Steuerrechtsänderung nicht eingebaut. Das Risiko beträgt 900 Millionen DM. Herr Finanzminister, das ist ein bißchen viel Risiko für einen Haushaltsplan, den wir am Freitag verabschieden sollen.

(B) Deswegen verrate ich Ihnen sicherlich kein Geheimnis, wenn ich sage, daß wir als CDU-Fraktion der Meinung sind, daß wir es nicht verantworten können, dem Landeshaushaltsplanentwurf der Landesregierung für das Jahr 2000 unsere Zustimmung zu geben. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Der nächste Redner ist Herr Kollege Siekmann für die Fraktion der SPD. Ich darf ihm das Wort erteilen.

Erwin Siekmann (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit und der Tatsache, daß sich der Kollege Klein von der CDU nur darauf beschränkt hat, die Anträge der CDU vorzutragen, will ich mich auch nur darauf beschränken, zu diesen Anträgen etwas zu sagen, damit deutlich wird, welche Qualität diese Anträge tatsächlich haben.

In Ihrem ersten Antrag beantragen Sie zu Titel 46 110, die Mittel für Leistungsprämien in Höhe von

70 Millionen DM um 28,2 Millionen DM zu kürzen. Der Betrag soll dem Einzelplan 03 zufließen. So heißt es in Ihrem Antrag. Der Antrag ist schon formal nicht korrekt. Der Titel heißt nicht "Mittel für Leistungsprämien", sondern "Mittel zur Verstärkung der Ansätze für Personalausgaben in Einzelplänen". Außerdem stehen dort keine 70 Millionen DM, sondern es sind nach der ersten Ergänzungsvorlage nur noch 55 Millionen DM.

In dem Betrag von 55 Millionen DM sind lediglich 50 Millionen DM für Leistungsprämien enthalten. Von diesen 50 Millionen DM für alle Ressorts wollen Sie weit mehr als die Hälfte für den Einzelplan 03 zur Verfügung stellen, nämlich 28,2 Millionen DM. Ich frage Sie: Mit welchen Mitteln sollen denn die Leistungsprämien für die anderen Ressorts finanziert werden? Im übrigen wäre ein solches Verfahren rechtlich auch überhaupt nicht zulässig. Außerdem hat der Haushalts- und Finanzausschuß inzwischen auch schon einen Antrag zur Verstärkung der Mittel für die Polizei beschlossen.

Denken Sie bitte an die Geschichte von dem Hasen und dem Igel. Sie sind in diesem Fall der Hase, und die Koalition ruft Ihnen wie im Märchen der Igel zu: "Wir sind schon lange da." Ihr Antrag ist ungenau und fehlerhaft. Er erweckt den Eindruck eines populistischen Schauantrages. Wir lehnen diesen Antrag ab.

Zweitens. Sie haben beantragt, die Mittel zur Verstärkung der in den Einzelplänen vorgesehenen Ansätze für Öffentlichkeitsarbeit von 10 Millionen auf null zu setzen, also den Betrag ganz zu streichen. Ich weise darauf hin, daß unter dem Titel 531 00 nach der zweiten Ergänzungsvorlage überhaupt keine 10 Millionen DM mehr etatisiert sind. Es steht nur noch ein Betrag in Höhe von 6.651.000 DM zur Verfügung. Diese Mittel werden aber zur Verstärkung in den Einzelplänen benötigt.

Damit Sie den Betrag nicht mit einem Wahltermin in Verbindung bringen, weise ich darauf hin, daß auch im letzten Jahr und in den früheren Jahren diese Verstärkungsmittel für Öffentlichkeitsarbeit etatisiert waren. Was soll Ihr Antrag? Entweder war er nicht durchdacht, oder es handelt sich um einen reinen Schauantrag. Meine Damen und Herren, wir lehnen diesen Antrag ab.

Der dritte Antrag! Sie begehren, daß aus der Rücklage 117.375.000 DM entnommen werden sollen, um Ihre Mehrkosten damit zu decken. Wir

(C)

(D)

(Erwin Siekmann [SPD])

(A) machen darauf aufmerksam, daß der Haushalts- und Finanzausschuß einen solchen Antrag schon beschlossen hat und daß der von Ihnen genannte Betrag gar nicht mehr in der Rücklage zur Verfügung steht. Normalerweise beantragt man in einem solchen Fall Nichtbefassung. Meine Damen und Herren, wir lehnen diesen Antrag ab.

Sie beantragen, die Mittel für die Agentur Ruhr unter dem Titel 912 30 zu streichen. Durch das Haushaltsgesetz - ich weise ausdrücklich auf die Absätze 15 und 16 des § 6 hin - wurden die Zuwendungsbestimmungen geändert. Dies ist Ihnen offenkundig nicht aufgefallen. Die vorgesehenen Aufgaben erfordern die Mittel - in welcher Rechtsform diese Aufgaben auch wahrgenommen werden. Oder wollen Sie gegebenenfalls den Kommunen diesen Betrag vorenthalten? Meine Damen und Herren, wir lehnen Ihren Antrag ab.

Fünftens. Sie beantragen, unter einem neuen Titel "Erlöse aus Immobilienmanagement" 300 Millionen DM einzustellen. Das ist, gelinde gesagt, Unsinn. Das Gutachten ist noch nicht abschließend bewertet. Es gibt noch keinen Kabinettsbeschuß. Nach dem Gutachten beträgt bei allen vier dort vorgestellten Alternativen die maximale Einsparung nach 12 bis 15 Jahren zwischen 227 und 580 Millionen DM, wobei die höheren Beträge nur dadurch zustande kommen, daß auch Erlöse über Grundstücksverkäufe mit eingerechnet werden. Selbst wenn die notwendigen Entscheidungen schnellstens getroffen und umgesetzt würden, stünde in den ersten Jahren nur ein Bruchteil der von Ihnen genannten Summe zur Verfügung. Ob es sich dabei dann überhaupt um Einnahmen handelt - so, wie Sie es für den Etat beantragen - ist eher unwahrscheinlich. Der Antrag ist unseriös. Ihm können wir nicht zustimmen.

(B) Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Klein, Sie haben auf die Ausbringung der globalen Minderausgabe nicht hingewiesen. Sie wissen, daß 81.494.000 DM dort etatisiert sind. Wir möchten die politische Verantwortung für die Einsparung dieser Positionen mit Ihnen zusammen übernehmen, und wir bitten den Finanzminister, für die morgige HFA-Sitzung eine Vorlage zu erarbeiten, aus der ersichtbar ist, wo denn diese Mittel erwirtschaftet werden sollen, und zwar in welchen Ressorts. Wir stellen uns dabei vor, daß vor allem die Höhe der disponiblen Mittel in den einzelnen Ressorts, aber auch die Begünstigungen durch die Nachträge im Haushalt einen Niederschlag finden. Wir bitten Sie recht herzlich, wenn

das noch bis morgen möglich ist, diese Liste vorzulegen. (C)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Finanzpolitik sind Berechenbarkeit und Seriosität unverzichtbar. Sie haben durch Ihre Anträge bewiesen, daß Sie diesen Anforderungen nicht gerecht werden. Wir sind sicher, daß die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen dies genau so sehen und Ihnen das auch am 14. Mai bescheinigen werden. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Meine Damen und Herren! Wir setzen die sehr gründliche Beratung fort und erteilen jetzt Herrn Kollegen Sagel für die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön!

**Rüdiger Sagel** (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu dieser späten Stunde ist das Interesse offensichtlich tatsächlich nicht mehr sehr groß. Deswegen will ich es auch mit einer Kurzfassung versuchen. Ich hatte mir natürlich auch einiges mehr aufgeschrieben. (D)

Ich möchte direkt zur CDU kommen, denn dort tobt ja das finanzpolitische Chaos. Es gibt wirklich Erstaunliches zu bilanzieren. Ich möchte einige Worte zu dem verlieren, was die Opposition uns und der Öffentlichkeit in diesem Haushalt zumutet. Die Finanzpolitik des Rüttgers-Clubs ist alles andere als das, was man sich unter einer seriösen Haushaltspolitik vorstellt. Es sind Abgründe, die sich bei den finanzpolitischen Vorschlägen der Opposition auftun und an die schwarzen Löcher von Herrn Waigel erinnern. Offensichtlich benötigen auch Sie für den Landeshaushalt schwarze Kassen, um all die ungedeckten Schecks, die Sie hier in Höhe von 687,5 Millionen DM ausstellen wollen, finanzieren zu können.

Zu Herrn Rüttgers und seinen einsamen Mannen bleibt mir insgesamt nur festzustellen: Schon als sogenannter Zukunftsminister im Bund war er ein Versager. Jetzt ist er Häuptling einer Chaotruppe. Was Sie uns hier zumuten, kommt einem Desaster gleich. Das muß NRW erspart bleiben, denn fast 700 Millionen DM schreiben Sie in Ihren ungedeckten Wechsel.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE])

(A) Für Landesstraßen und Straßenausbau wollen Sie insgesamt 75 Millionen DM zusätzlich in den Sand setzen, für den ÖPNV wollen Sie aber überhaupt nichts tun. Wie Sie damit die Umwelt entlasten und einen zukunftsorientierten Verkehr aufbauen wollen, bleibt vermutlich nicht nur mir ein Rätsel.

Für die Hochschulen wollen Sie immerhin auch etwas tun. Es bleibt aber beschränkt auf Baumaßnahmen und Geräte, wofür Sie insgesamt 120 Millionen DM vorgesehen haben. Von neuen Ideen oder einer Hochschulreform keine Spur! Die Finanzierungsvorschläge sind zudem absolut unseriös.

Das Ganze läßt sich auch in allen weiteren Einzelhaushalten immer wieder feststellen. Deswegen möchte ich nur noch zu zwei Punkten etwas sagen.

Bei der Stellenreserve im Schuletat schlagen Sie 4.152 Lehrerstellen vor, angebliche Kosten 162 Millionen DM, und unter "Bezüge der Angestellten" schlagen Sie weitere 2.000 Lehrerstellen vor, was angeblich 80 Millionen DM kostet. Eine derart dreiste Täuschung der Öffentlichkeit ist mir noch selten untergekommen. Denn diese 6.152 Stellen kosten mindestens eine halbe Milliarde DM pro Jahr und keine 242 Millionen DM, wie Sie es behaupten. Das, was Sie hier veranstalten, ist wirklich substanzloser Populismus.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Bei den Deckungsvorschlägen der CDU wird es dann gänzlich absurd. Ihr Hauptdeckungsvorschlag ist mit rund 300 Millionen DM der Erlös aus dem Immobilienmanagement. Dieser Erlös ist aber eine reine Luftbuchung, da so etwas überhaupt nicht existent ist, und bis es funktionsfähig ist, ist das Jahr 2000 vorbei.

Dies macht deutlich, wie Sie finanzpolitisch vorgehen. Sie fordern hier fast 1 Milliarde DM an Erhöhungen im Haushalt, 687 Millionen DM plus nicht angegebene 300 Millionen DM für die Lehrerstellen, und können nicht einmal die Hälfte finanzieren. Letztlich wollen und würden Sie die Schulden in die Höhe treiben.

Das alles ergibt aus meiner Sicht ein klares Bild. Sie tricksen und täuschen und spiegeln falsche Tatsachen vor. Was Sie treiben, ist letztlich nichts anderes als Wählerbetrug, und ich hoffe, daß Sie für eine derart unseriöse Politik im Mai die Quittung erhalten.

Mein Fazit zu diesem Haushaltsgesetz und zu den Einzelplänen 12 und 20! Von einem Gegenentwurf eines Haushaltskonzeptes ist bei der CDU nichts, aber auch rein gar nichts zu erkennen. Weder wird bei der CDU eine mittelfristige Strategie zur Haushaltskonsolidierung noch werden konkrete Reformschritte deutlich. Die Opposition verharret konzept- und ideenlos in Apathie und hofft, daß sich der politische Wind wieder günstig dreht und nicht von den durch die schwarzen Kassen aufgeworfenen schwarzen Löchern verschluckt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kritik haben wir aber durchaus auch an unserem Koalitionspartner, der SPD. Die Reformpolitik von Ihrer Seite ist zögerlich und leider viel zu halbherzig. Es gehören mehr Mut und Anstrengung dazu, eine zukunftsfähige Politik zu gestalten, den Reformkorridor zu erweitern und NRW weiter nach vorn zu bringen. In der Schulpolitik haben wir gemeinsam einen zukunftsweisenden Akzent gesetzt. Davon hätten wir uns durchaus mehr gewünscht. Denn es gibt gerade in der Schul- und Hochschulpolitik noch eine Menge Handlungsbedarf.

Die Aufgabe der Landespolitik ist es, allen in unserem Land geordnete finanzielle Rahmenbedingungen zu garantieren und für Zukunftssicherheit zu sorgen. Wir haben die lähmende Erstarrung der 15jährigen absoluten SPD-Regierung durchaus aufgebrochen und als innovativer Motor der vielfältigen Anforderungen in diesem gesellschaftlichen Transformationsprozeß Rechnung getragen.

(Zurufe von der SPD)

- Nun gut, manches gefällt Ihnen nicht, aber hören Sie trotzdem einmal zu.

Wir haben gemeinsam mit der SPD in diesem Haushalt im Entwurf des Finanzministers rund 200 Millionen DM umgeschichtet. Damit haben wir nicht nur 1.000 neue Lehrerstellen ab dem 1. Februar des nächsten Jahres finanziert, sondern wir haben gerade in der schulischen Bildungspolitik mit dem Schwerpunkt für neue Medien in den Schulen einen deutlichen Akzent gesetzt. Zudem haben wir - und das waren grüne Vorschläge - im Sozial-, Frauen- und Umweltbereich klare Akzente gesetzt und dies alles solide finanziert.

Im Gegensatz zur CDU stellen wir uns der haushaltspolitischen Verantwortung. Sie von der Opposition können weder ein Zukunftsprogramm und

(C)

(D)

(Rüdiger Sagel [GRÜNE])

(A) noch weniger ein durchgerechnetes und tatsächlich finanzierbares Konzept für eine an den stattfindenden Reformprozessen orientierte Politik vorweisen. Sie kommen nur mit platten Vorschlägen daher. Und wer wie Sie auch keine vorausschauende und auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Haushalts- und Finanzpolitik betreiben will, der hat auch keinen finanziellen Boden unter den Füßen. Die Opposition hat ihn offensichtlich nicht.

Solide Finanzen sind aber eine wesentliche Grundlage für eine positive Entwicklung in der Zukunft. Die knappen öffentlichen Mittel müssen nicht nur möglichst effektiv eingesetzt werden, sondern die notwendig gewordenen Belastungen müssen auch möglichst gerecht verteilt werden.

Deswegen kann ich für uns feststellen: Die Haushaltsansätze müssen so ausgestaltet sein, daß damit eine Verkehrs- und Energiewende bewirkt, vorsorgender Umweltschutz etabliert, die Industriegesellschaft umgebaut, der Sozialstaat bewahrt und gestärkt sowie Bildung, Weiterbildung und Forschung ein vorrangiger Platz eingeräumt werden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(B) Außerdem müssen die öffentlichen Haushalte auch so gestärkt werden, daß die genannten Ziele finanzierbar bleiben. Und da muß die CDU noch viel, viel lernen. Kreditaufnahmen dürfen nicht zu Lasten späterer Generationen gehen und Handlungsspielräume einengen.

Für den nordrhein-westfälischen Landeshaushalt leitet sich daraus das mittelfristige Ziel ab, die Ausgaben auf das Notwendige zu konzentrieren, die Neuverschuldung und schließlich den aufgehäuften Schuldenberg abzubauen und staatliche Aktivitäten dort einzuschränken bzw. einzustellen, wo sie mit Umweltzerstörung einhergehen oder wo privatwirtschaftliche Betätigung Gleiches oder annähernd Gleiches leisten kann.

Die Verschuldung ist das gravierendste Problem. Da müssen wir eine ganze Menge mehr tun, und alle Fraktionen sind dort gefordert.

Wir werden uns auf unserem zukunftsorientierten Weg nicht beirren lassen. Unsere Vorschläge und Konzepte, die wir zu diesem Landeshaushalt vorgelegt haben, beweisen Augenmaß für das Machbare, aber auch Sinn für das Notwendige zur sozialen und ökologischen Erneuerung in Nordrhein-

Westfalen. Diesen grünen Weg werden wir daher konsequent weiter fortführen. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich darf Herrn Finanzminister Schleußer das Wort erteilen. Bitte schön!

**Heinz Schleußer, Finanzminister:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich begrüße die große Zahl der noch anwesenden Oppositionsmitglieder. Ich freue mich, daß der Kollege Klein hier ist und auch der Fraktionsvorsitzende heute zu den Abendstunden die Reste verstärkt. Das ist immer ein schönes Gefühl, bevor man ganz allein sitzt.

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Eben, man muß wissen, mit wem man Solidarität empfindet.

(Heiterkeit)

**Heinz Schleußer, Finanzminister:** Ja, das ist richtig. Das wollte ich auch ausdrücklich begrüßen.

Ich habe wiederholt gehört, daß es relativ spät geworden ist. Das kann man jetzt auch sehen. Darum will ich mich bei dem Kollegen Sieckmann und bei dem Kollegen Sagel bedanken, beim Kollegen Sieckmann etwas intensiver; denn die Fragen, die Sie angeschnitten haben, Herr Kollege Sagel, wären zumindest noch diskussionswürdig.

Ich will mich dem Kollegen Klein zuwenden und sage: Ich bestreite ja nicht, Kollege Klein, daß Sie neue Akzente gebrauchen. Das ist auch richtig so. Ich bitte Sie, sich wirklich darum zu bemühen, und wenn Sie sie haben, diskutieren wir weiter. Dann kommen wir vielleicht schneller zu neuen Konzepten, die die CDU noch nicht hat.

Sie haben gesagt, wir seien lernfähig. Das haben wir nie bestritten. Natürlich - das habe ich wohl gestern schon Ihrem Kollegen Diegel gesagt - haben wir uns nach einem Jahr Überlegung dazu durchgerungen, daß die Stellenbörse nicht die Effizienz bringt, wie wir es geglaubt haben, und haben jetzt die Personalagentur gegründet.

(C)

(D)

(Minister Heinz Schleußer)

- (A) Wir sind auf einem guten Weg, die Personalkosten gemeinsam herunterzufahren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dafür wäre es aber sinnvoll, daß Sie nicht permanent Personalverstärkungen fordern - wie ich das in den letzten zwei Tagen erlebt habe -; denn dann wird der Personalabbau schwierig.

Sie sagen, die Koalitionsfraktionen hätten Informationsvorsprünge. - Ich sage Ihnen: Die Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses wissen alles über diesen Haushalt. Sie müßten das, was sie wissen, aber auch nutzen.

(Zuruf von der SPD: Manche vergessen es aber!)

- Sie sollten nicht so schnell vergessen, was von Ausschußsitzung zu Ausschußsitzung immer wieder gesagt wird.

Sie machen einen schlimmen Vorwurf: Der Finanzminister hätte die Steuerschätzung vom November 1999 ignoriert. - Ich sage Ihnen - auch das habe ich im Ausschuß klargestellt -: Sie ist nicht ignoriert worden; sie ist einbezogen. Ich bin fest davon überzeugt, daß unser Ansatz "Steuern" bis zum 31. Dezember 2000 tragen wird.

- (B) Sie sagen: Aber es gibt weitere Risiken beim Haushalt, nämlich die noch ausstehende Steuergesetzgebung. - Sehen Sie, ich bin morgen ab 8 Uhr in Berlin. Wir treffen uns dort im Vermittlungsausschuß. Wenn die CDU/CSU ihre nicht finanzierbaren Forderungen im Vermittlungsausschuß fallen läßt, bin ich sicher, sind wir auf einem guten Weg und können den Haushalt ohne Risiken gestalten. Ich werde mich morgen früh im Vermittlungsausschuß jedenfalls um diese Mehrheit bemühen. - Schönen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Nach dem Beitrag des Herrn Finanzministers: Wünscht noch jemand das Wort?

(Heiterkeit)

- Es ist doch nicht ungewöhnlich, daß man danach fragt.

(Heiterkeit)

Damit komme ich zu dem Ergebnis, daß wir die heutige Beratung zu diesem Thema beenden.

Wir kommen zur **Abstimmung** über den **Einzelplan 12**, Finanzministerium. Wenn Sie der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/4512** folgen wollen, dann bitte ich Sie um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Damit ist die **Beschlußempfehlung angenommen**.

(Zurufe von der SPD: Nur drei Leute bei der CDU! - Zurufe von der CDU: Wir drei haben geschlossen abgestimmt!)

- So unterschiedlich kann man das bewerten. Wir hier oben im Präsidium sind froh über jeden, der da ist.

(Heiterkeit und Beifall im ganzen Hause)

Wir kommen zur **Abstimmung** über die **Änderungsanträge zum Einzelplan 20**, Allgemeine Finanzverwaltung.

Wir stimmen zunächst ab über den **Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 12/4540**, Stichwort: Mittel für Strukturverbesserungen im Polizeibereich. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 12/4541**, Stichwort: Keine Verstärkung der Mittel für Öffentlichkeitsarbeit. Wer möchte hier zustimmen? - Gegenprobe! - Stimmenthaltung? - Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 12/4542**, Stichwort: Auflösung der Allgemeinen Rücklage. Wer möchte zustimmen? - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist damit **abgelehnt**.

Wir kommen zur **Abstimmung** über den **Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 12/4543**, Stichwort: Keine Sonderrücklage für die Agentur Ruhr. Wer möchte zustimmen? - Die Gegenprobe! - Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur **Abstimmung** über den **Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 12/4544**, Stichwort: Erlös aus Immobilienmanagement. Wer möchte zustimmen? - Die Gegenprobe! - Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Damit kommen zur **Abstimmung** über die **Beschlußempfehlung zu Einzelplan 20 Drucksache 12/4516**. Wer hier zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Damit ist die **Beschlußempfehlung angenommen**.

(C)

(D)



(Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose)

(A) Mit der Abstimmung über das **Haushaltsgesetz 2000** erfolgt die **Gesamtabstimmung** in zweiter Lesung entsprechend der **Beschlußempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache **12/4500**. Wer hier zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltung? - Dann ist der Haushaltsentwurf 2000 in **zweiter Lesung angenommen**.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir haben noch eine dritte Lesung durchzuführen. Ich lasse jetzt über die **Rücküberweisung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2000** an den Haushalts- und Finanzausschuß abstimmen. Wer möchte dieser **Beschlußempfehlung** seine Zustimmung geben? - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist diese **Beschlußempfehlung einstimmig angenommen**. Damit ist der Entwurf des Haushaltsgesetzes 2000 nach der zweiten Lesung an den Haushalts- und Finanzausschuß zurücküberwiesen.

Unsere heutige Tagesordnung ist damit erledigt.

(C) Meine Damen und Herren, ich teile Ihnen mit, daß das Ende der heutigen Sitzung erreicht ist. Die **nächste Sitzung** findet am 17. Dezember 1999 statt. Dann werden die dritte Lesung und die Verabschiedung des Haushaltsentwurfs 2000 auf der Tagesordnung stehen.

Ich wünsche Ihnen, sofern Sie sie antreten, eine gute Heimfahrt und einen angenehmen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß: 20.06 Uhr**

\*) Vom Redner bzw. der Rednerin nicht überprüft (§ 105 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Redner und Rednerinnen.

(B)

(D)

20. Dezember 1999/Ausgegeben: 22. Dezember 1999

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (02 11) 8 84-24 39, zu beziehen.